

Inhaltsübersicht

Vorwort	7
Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	25
1. Teil: Begriffsbestimmung und Erscheinungsformen	35
2. Teil: Rechtliche Grundlagen	53
3. Teil: Inhalt und Voraussetzungen des Rückrufanspruchs	131
4. Teil: Prozessuale Durchsetzung	209
5. Teil: Gesamtergebnisse	245
Literaturverzeichnis	249
Stichwortverzeichnis	263

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	25
A. Problemstellung	25
B. Gang der Untersuchung	31
C. Stand der Forschung	32
1. Teil: Begriffsbestimmung und Erscheinungsformen	35
A. Der Begriff „Rückruf“	35
B. Die Erscheinungsformen des Rückrufs im Zivilrecht	36
I. Das bisherige Fehlen einer eindeutigen gesetzlichen Normierung	37
II. Das TRIPS-Übereinkommen	39
III. Die EG-Richtlinie 2004/48/EG und ihre Umsetzung	40
IV. Die Behandlung des Rückrufs in der Rechtsprechung	40
1. Überblick über die höchstrichterliche Rechtsprechung	41
2. Beispiele aus der Rechtsprechung einiger Land- und Oberlandesgerichte	43
V. Die gespaltene Haltung der Literatur gegenüber dem Rückruf	49
2. Teil: Rechtliche Grundlagen	53
A. Rückruf bei Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	53

I.	Problemstellung	53
II.	Der Rückruf im Rahmen des (quasi-) negatorischen Rechtsbehelfs	54
	1. Meinungsstand	55
	2. Der Rückruf als Form der Beseitigung	56
	a) Die Beeinträchtigung in Abgrenzung zum Schadensersatz	57
	b) „Fortdauernde“ Beeinträchtigung durch in den Vertrieb gebrachte Medienerzeugnisse	59
	c) Die Bestimmung der Störungsquelle für den Rückrufanspruch	62
	aa) Störung durch Äußerungen	63
	bb) Störung durch die Herstellung von Medienerzeugnissen	63
	cc) Störung aufgrund von Vertriebshandlungen	64
	dd) Störung aufgrund der im Handel befindlichen Erzeugnisse	65
	d) Zwischenergebnis	66
	3. Die Störerverantwortlichkeit des Rückrufschuldners	66
	a) Die Störer i.S.d. § 1004 BGB	66
	b) Die möglichen Störer bei in den Handel gelangten Publikationen	68
	aa) Grossisten, Großbuchhandel und Einzelhändler	69
	bb) Autoren und Redakteure	71
	cc) Verleger und Herausgeber	72
	c) Bedeutung des Eigentumswechsels an der von der Sache ausgehenden Störung	73
	d) Die Bedeutung der Verfügungsgewalt für die Störereigenschaft	74
	aa) Meinungsstand	74
	bb) Rechtliche oder tatsächliche Beseitigungsmöglichkeit	75
	e) Zwischenergebnis	78

4.	Der Rückruf im Rahmen des Unterlassungsanspruchs	78
	a) Problemstellung	79
	b) Rechtsprechungspraxis	80
	c) Meinungsstand in der Literatur	82
	d) Rückrufpflichten des Unterlassungsschuldners	83
	aa) Inhalt des Unterlassungsanspruchs	84
	bb) Abgrenzung über den rechtlichen Einflussbereich	85
	cc) Prozessuale Auswirkung	86
	dd) Zwischenergebnis	88
5.	Aufbrauchsfristen und Rückruf	89
III.	Zusammenfassung	91
B.	Der Rückruf bei Verletzungen des geistigen Eigentums	91
I.	Das Haftungssystem des Immaterialgüterrechts	92
II.	Dogmatische Einordnung des Rückrufanspruchs und sein Verhältnis zu anderen Ansprüchen	92
1.	Der Beseitigungsanspruch im geistigen Eigentum	92
2.	Der Rückrufanspruch im Rahmen des allgemeinen Beseitigungsanspruchs	93
3.	Die Richtlinie 2004/48/EG zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums	95
	a) Hintergrund und Zielsetzung	96
	b) Die Abhilfemaßnahmen des Art. 10 der Richtlinie	96
	aa) Wortlaut	97
	bb) Auslegung der Begriffe Rückruf und Entfernen	97
	c) Umsetzung	100
	d) Richtlinienkonforme Auslegung durch die Gerichte bis zur Umsetzung	101
4.	Die neue gesetzliche Regelung in den immaterialgüterrechtlichen Spezialgesetzen	102
	a) Eigenständiger Rückrufanspruch	105

	b)	Die Kosten des Rückrufs	106
	c)	Das Verhältnis zwischen Vernichtung und Rückruf	107
	d)	Das Verhältnis zwischen Entfernen und Rückruf	110
	e)	Das Verhältnis des Rückrufanspruchs zum Schadensersatz	112
	f)	Das Verhältnis des Rückrufanspruchs zum Unterlassungsanspruch	116
	aa)	Keine Akzessorietät	116
	bb)	Der Rückruf im Rahmen des Unterlassungsanspruchs	116
	cc)	Neubeurteilung wegen Aufnahme des Rückrufs und des Entfernnens als eigenständige Ansprüche?	118
	dd)	Zwischenergebnis	119
	g)	Aufbrauchsfristen und Rückruf	119
III.		Verfassungsmäßigkeit des Rückrufanspruchs	121
IV.		Der Schuldner des Rückrufanspruchs	122
	1.	Verletzer	124
	2.	Störer	125
	3.	Unerheblichkeit der dinglichen Zuordnung	128
V.		Zusammenfassung	128
3. Teil:		Inhalt und Voraussetzungen des Rückrufanspruchs	131
A.		Inhalt der Rückrufverpflichtung	131
I.		Die betroffenen Gegenstände	131
	1.	Persönlichkeitsverletzende Medienerzeugnisse	132
	a)	Bücher	132
	b)	Zeitschriften	133
	c)	Tageszeitungen	134
	d)	Online-Presse	135
	2.	Unter Verletzung des geistigen Eigentums vertriebene Gegenstände	136
	a)	Widerrechtlich gekennzeichnete Waren	136
	b)	Rechtswidrige Vervielfältigungsstücke	137

	c) Erzeugnisse, die Gegenstand des Patents sind	138
II.	Aufforderung zur Rückgabe	138
	1. Inhaltliche Anforderungen	138
	2. Formelle Anforderungen	144
III.	Reichweite	145
	1. Gewerbliche Abnehmer	145
	2. Endverbraucher	150
	a) Medienerzeugnisse	151
	b) Schutzrechtsverletzende Gegenstände	151
IV.	Zusammenfassung	153
B.	Anspruchsvoraussetzungen	154
	I. Verletzungstatbestände	154
	1. Besondere Voraussetzungen bei Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	155
	a) Schwere Persönlichkeitsverletzung	157
	aa) Werturteile und Tatsachenbehauptungen	158
	bb) Fallgruppen	159
	cc) Weitere Aspekte	162
	dd) Zwischenergebnis	163
	b) Keine andere erfolgversprechende Möglichkeit?	163
	aa) Meinungsstand	164
	bb) Stellungnahme	165
	2. Besondere Voraussetzungen bei Verletzungen des geistigen Eigentums	166
	a) Tatbestandsmäßige Beschränkung des Rückrufanspruchs?	166
	aa) Sicherheitsrisiko für den Verbraucher	166
	bb) Schutzrechtspiraterie und sonstige Schutzrechtsverletzungen	169
	cc) Zwischenergebnis	171
	b) Die Schutzrechtsverletzungen im Einzelnen	172
	aa) Urheberrechtsverletzungen	172

	bb) Kennzeichenrechtsverletzungen	173
	cc) Patentverletzungen	174
II.	Gläubiger und Schuldner des Rückrufsanspruchs	175
	1. Anspruchsberechtigte	176
	a) Persönlichkeitsrechtsverletzung . . .	176
	b) Schutzrechtsverletzung	177
	2. Anspruchsverpflichtete	178
	a) Die Haftung von Verlegern bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen	178
	b) Die Haftung von Unternehmern bei Schutzrechtsverletzungen	179
III.	Kein Tatbestandsmerkmal der Verfügungsgewalt	180
	1. Meinungsstand	181
	2. Die Reparaturversicherungs-Entscheidung	182
	3. Kritik an der Übernahme der „Reparaturversicherungs-Rechtsprechung“ des BGH für die Anspruchsvoraussetzungen des Rückrufs	183
	a) Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen Vernichtung und Rückruf .	184
	b) Die Problematik des Begriffs „Verfügungsgewalt“	185
	c) Die verletzten Interessen am Rechtsstreit unbeteiligter Dritter . .	188
	d) Möglichkeit der Durchsetzbarkeit . .	190
	4. Gemeinschaftsrechtliche und verfassungsrechtliche Vorgaben	192
	5. Zwischenergebnis	193
IV.	Verhältnismäßigkeitsprüfung	194
	1. Interessenabwägung	196
	a) Die in die Interessenabwägung einfließenden Kriterien	197
	aa) Grad des Verschuldens	197
	bb) Kommerzielle Interessen	198
	cc) Schwere der Verletzung	199
	dd) Umfang der beim Verletzer entstehenden Kosten	199
	b) Die Einbeziehung Interessen Dritter	200

aa)	Kommissionäre und Franchisenehmer	200
bb)	Grossisten und Barsortimenter	201
cc)	Einzelbuch-, -zeitungs- und -zeitschriftenhändler	202
dd)	Sonstige gewerbliche Abnehmer	203
ee)	Allgemeininteresse	204
2.	Zwischenergebnis	206
V.	Zusammenfassung	206
4. Teil:	Prozessuale Durchsetzung	209
A.	Vorprozessuale Maßnahmen	209
I.	Abmahnung	209
II.	Schutzschrift	213
B.	Geltendmachung des Anspruchs auf Rückruf im Hauptsacheverfahren	213
I.	Beseitigungsklage bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen	213
II.	Klage auf Rückruf bei Verletzungen des geistigen Eigentums	215
III.	Klage auf Auskunft und Rechenschaftslegung	216
1.	Überblick über selbständige und unselbständige Auskunftsansprüche	217
2.	Anspruch auf Rechenschaftslegung über den Rückruf	219
IV.	Unterlassungsklage	222
C.	Durchsetzung im Verfahren der einstweiligen Verfügung	223
I.	Grundsatz: Keine Vorwegnahme der Hauptsache und Schaffung vollendeter Tatsachen	225
II.	Notwendigkeit der Geltendmachung des Rückrufsanspruchs im Wege der einstweiligen Verfügung	227
III.	Voraussetzungen für die Geltendmachung im einstweiligen Rechtsschutz	229
1.	Glaubhaftmachung von Verfügungsanspruch und Verfügungsgrund	229
2.	Offensichtlichkeit der Rechtsverletzung?	230
3.	Mündliche Verhandlung	231

4. Interessenabwägung	233
5. Anordnung einer Sicherheitsleistung gem. § 921 S. 2 ZPO	234
6. Zwischenergebnis	234
IV. Auskunft und Rechenschaftslegung im einstweiligen Rechtsschutz	235
V. Der Schadensersatzanspruch nach § 945 ZPO	236
D. Vollstreckung	238
I. Ordnungsmittelverfahren nach § 890 ZPO .	239
II. Zwangsmittelverfahren nach § 888 ZPO . .	240
E. Ergebnis	242
5. Teil: Gesamtergebnisse	245
Literaturverzeichnis	249
Stichwortverzeichnis	263